

April 29, 1993

**State Minister Schmidbauer's Meeting with the
Chairman of Iran's Foreign Parliamentary Foreign
Policy Committee and Secretary of Iran's National
Security Council, Mister Hassan Rouhani, on 29 April
1993 in Bonn**

Citation:

"State Minister Schmidbauer's Meeting with the Chairman of Iran's Foreign Parliamentary Foreign Policy Committee and Secretary of Iran's National Security Council, Mister Hassan Rouhani, on 29 April 1993 in Bonn", April 29, 1993, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59731, 331-342. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger. <https://digitalarchive.umd.edu/document/300211>

Summary:

Schmidbauer and Rouhani review the state of bilateral relations. They discuss Iran's arms control policy and its interest in the aquisition of nuclear technology for peaceful uses, as Rouhani argues. Rouhani reiterates Iran's readiness for whatever kind of international nuclear inspections. Iran's interest was still the finalization of the Bushehr nuclear power plant.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Transcript - German
Translation - English

ki2461

Referat 214

Bonn, 29.04.1993

331

Vermerk

Betr.: Gespräch Staatsminister Schmidbauer mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des iranischen Parlaments und Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats der Islamischen Republik Iran, Herrn Hassan Rouhani, am 29. April 1993 in Bonn

I.

StM Schmidbauer empfing am 29. April den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Iranischen Parlaments und Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats der Islamischen Republik Iran, Herrn Hassan Rouhani, zu einem Gespräch. Auf iranischer Seite nahmen neben Botschafter Moussavian und dem Dolmetscher noch die Abgeordneten Saadi und Saddatian an dem Gespräch teil; auf unserer Seite waren Herr Abteilungsleiter 6, Herr MDg Hellmann und Unterzeichner anwesend.

Hauptgesprächspunkte waren die bilateralen Beziehungen, die Lage im Nahen und Mittleren Osten, die Bekämpfung des Terrorismus, die Einschätzung der Entwicklung in Rußland, die Fragen der nuklearen Nichtverbreitung und der Rüstungskontrolle, die Lage im ehemaligen Jugoslawien und die derzeit im Verhältnis zwischen Iran und Deutschland angefallenen Haft- und Konsularfälle.

II.

1. Staatsminister Schmidbauer begrüßte den Gast auch im Namen des Herrn Bundeskanzlers und drückte seine Erwartung aus, daß die Fortsetzung des Dialoges mit Herrn Rouhani, der bereits im vorigen Jahr in Teheran seinen Anfang genommen habe, sich positiv auf die weiteren Beziehungen auswirken würde. Der offene Meinungs Austausch sei wichtig.

327

- 2 -

332

2. Herr Rouhani dankte für die Einladung sowie für die Gelegenheit zur Aussprache und dankte dem Staatsminister, daß er sich in der letzten Zeit durch ständige Kontakte zu Botschafter Moussavian sehr deutlich um die Verbesserung der deutsch-iranischen Beziehungen gekümmert habe. Er wolle dieses Gespräch nutzen, um ganz offen einige Probleme anzusprechen, die für die gegenseitigen Beziehungen von Bedeutung seien. Darüber hinaus wolle die iranische Seite Vorschläge für konstruktive Zusammenarbeit in einer Reihe von Bereichen anbieten.

Bei seinem gestrigen Gespräch mit dem Vorsitzenden des Unterausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, MdB Vogel (Ennepetal), habe er bereits den Vorschlag unterbreitet, daß in Zukunft die Menschenrechtsausschüsse der beiden Parlamente eine Zusammenarbeit beginnen sollten. In seinen Ausführungen habe er allerdings auch darauf hingewiesen, daß beide Staaten unterschiedliche Kulturen und Mentalitäten hätten und daß sich deshalb manchmal eine verschiedene Betrachtungsweise ergebe. Aber dies sei kein Hindernis für eine Zusammenarbeit. Ein erster Schritt in diese Richtung könne die Reise der beiden Abgeordneten Baum und Hirsch in den Iran im Mai dieses Jahres sein. Er wolle nur sagen, daß die Tore der iranischen Gefängnisse offen seien und daß deutsche Abgeordnete dort jederzeit einen Besuch machen könnten.

3. Es habe auf Seiten der deutschen Abgeordneten auch Sorgen wegen der Hinrichtungen im Iran gegeben. Diese Hinrichtungen beträfen in erster Linie verurteilte Drogenschmuggler und Drogenhändler. Der Iran sei der Auffassung, daß die Drogen nicht nur ein iranisches Problem darstellten, sondern in erster Linie Europa berührten. Er habe deshalb den Abgeordneten die Frage gestellt, was wohl passieren würde, wenn der Iran alle Drogenhändler und "Drogenkarawanen", die ohnehin auf Europa ausgerichtet seien, durchlassen würde. Er könne sich vorstellen, daß in einem solchen Fall sehr schnell europäische Parlamentarier dahingehend auf den Iran einwirken würden, die Drogenhändler bereits dort zu stoppen.
4. Es werde gegenüber dem Iran auch immer wieder der Vorwurf des Exports der islamischen Revolution erhoben. Der Iran habe wiederholt erklärt, daß er keinen Export seiner islamischen Revolution mit militärischen Mitteln anstrebe. Sein Land gebe jedoch dann eine Unterstützung auf

religiöser Ebene, wenn die Bevölkerung anderer Länder es wolle. Der Iran habe Anhänger in anderen Ländern; dies werde immer wieder deutlich, wenn Führer seines Landes in benachbarte Länder führen. Der Iran plane aber keinesfalls eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten. Iran werde z.B. von Ägypten immer wieder beschuldigt, daß es in Ägypten Untergrundarbeit betreibe. Aber immer, wenn der Iran nach Beweisen frage, hätte die ägyptische Seite diese nicht vorlegen können. Bei der ägyptischen Führung ergebe sich sehr oft die Neigung, von den inneren Schwierigkeiten im Lande durch Verweise auf "ausländische Mächenschaften" abzulenken. Elemente, die der ägyptischen Führung nicht gelegen seien, würden in eine Assoziierung mit ausländischen Mächten gebracht, um sie zu diskreditieren. Er sage sehr deutlich, daß sein Land Interesse daran habe, die kulturellen Verbindungen zu den benachbarten Staaten aufrechtzuerhalten. Aber der Iran plane keinen Export der Revolution.

5. Bezüglich des Terrorismus wolle er offen mit der Bundesrepublik Deutschland sprechen. Es sei im Iran sehr deutlich, daß aus der Sicht des dortigen Parlaments und der Bevölkerung die Anwesenheit terroristischer iranischer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland nicht verstanden werde. Es handele sich in erster Linie um die Volksmojaheddin, eine Gruppe, die in den letzten 14 Jahren ständig terroristische Anschläge vorgenommen habe. Im iranischen Volksmund hießen die Volksmojaheddin "die Heuchler". Er selber sei einmal auf dem Flughafen in Frankfurt von ihnen bedroht worden. Was würde wohl ein deutscher Politiker sagen, wenn er auf dem Flughafen in Teheran von einem anderen Deutschen bedroht würde?

Die Volksmojaheddin seien unter anderem im Iran auch deshalb verhaßt, weil sie im Krieg mit dem Irak auf der Seite des Irak gestanden hätten. Es sei sehr deutlich, daß die Volksmojaheddin in den europäischen Ländern ausgebildet würden und dort auch ihre Publikationen erschienen. Frankreich und Großbritannien hätten inzwischen Schritte zur Eingrenzung der Aktivitäten der Volksmojaheddin unternommen. Diese Maßnahmen zeigten auch erste Wirkung. In Deutschland habe es jedoch keine solchen Beschränkungen gegeben.

329

- 4 -

334

Die Berichte der iranischen Nachrichtendienste über die Aktivitäten der Volksmohajeddin in Deutschland seien besorgniserregend. Deutschland habe wohl die Schwierigkeiten mit dem Terrorismus nicht am eigenen Leibe erfahren. Er hoffe nur, daß Deutschland derartige Erfahrungen erspart blieben. Die Volksmohajeddin hätten in der letzten Zeit sogar Ölquellen zur Explosion gebracht. Dies sei eine Verschwendung von Volksvermögen.

6. Sein Vorschlag laute deshalb dahingehend, daß Deutschland und der Iran dem Terrorismus gemeinsam begegnen sollten. Staatspräsident Rafsanjani habe bereits in seinem Brief an die EG-Regierungschefs im Februar dieses Jahres auf dieses Problem hingewiesen und wirkungsvolle Schritte gegen den Terrorismus vorgeschlagen. Man könne mit der Zusammenarbeit jetzt mit Deutschland beginnen. Wenn diese Zusammenarbeit Früchte trage, könnten auch andere europäische Staaten in diese Zusammenarbeit eingebunden werden.

Er hoffe, daß Staatsminister Schmidbauer in der Lage sei, ihm einige gute Nachrichten zur Beruhigung der Abgeordneten im Iran mitzugeben. Es gebe einige unter diesen Abgeordneten, die eine sehr kritische Haltung gegenüber Deutschland hätten. Diese Abgeordneten gingen davon aus, daß die deutschen Behörden die Volksmohajeddin unterstützten. Er persönlich glaube das nicht, wolle jedoch darauf aufmerksam machen, daß es derartige Meinungen gebe.

Es gebe außer den Volksmohajeddin auch andere Terroristen im Iran. Auch die Demokratische Partei Kurdistans verfolge diese Neigung. Man habe sich mit den Kurdenführern Talabani und Barzani getroffen und deutlich darauf hingewiesen, daß eine bewaffnete Aktion der Kurden im Iran von dem kurdischen Territorium im Nord-Irak her nicht toleriert werden würde. Talabani habe dies in Teheran auch zugesagt, allerdings sei sein Bemühen wohl erfolglos geblieben.

Der Iran sei das Land mit den meisten Opfern des Terrorismus. Er habe mit Minister KinkeI am Vortage auch über diese Angelegenheit gesprochen. Der Bundesminister habe ihm zugesichert, daß er nichts dagegen habe, wenn die Aktivitäten derartiger Gruppen in Deutschland eingeschränkt werden würden.

...

7. Bezüglich der Rüstungskontrolle und der Überrüstung im Mittleren Osten habe er auch mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses gesprochen. Er habe dort dargelegt, daß der Iran sich große Sorgen über die Anhäufung von Waffen in der Region mache. Es sei unklug, in einer Region, die Öl für die ganze Welt fördere, "derartig viel Pulver" anzuhäufen. Das iranische Verteidigungs-Budget für 1993 sei nur sehr gering (Staatsminister Schmidbauer wirft angesichts der übermittelten Zahlen ein, daß diese wohl kaum ausgereicht haben dürften, um die iranische U-Boot-Bestellung in Rußland zu tätigen; Rouhani entgegnet, daß diese Bestellung bereits aus dem Budget für 1989 beglichen worden sei).

Der Iran habe keinerlei geheimen Aufrüstungspläne. Seine Parlamentsdebatten würden frei übertragen, es gebe auch keine versteckten Haushaltsmittel für militärische Zwecke.

Der Iran sei sehr daran interessiert, die gesamte Region frei von ABC-Waffen zu bekommen. Die große Sorge des Iran seien die Atomwaffen Israels. Man gehe im Iran davon aus, daß Israel 200 Nuklearsprengköpfe besitze. Ein Sachverständiger aus Großbritannien habe ihm jedoch vor kurzer Zeit gesagt, daß Israel sogar 800 solcher Nuklearsprengköpfe besitze. Aber schon ein Nuklearsprengkopf sei zuviel. Für seine Regierung gelte, daß die gesamte Region frei von ABC-Waffen sein müsse.

Der Iran sei selbst Opfer eines Einsatzes chemischer Waffen geworden, man wisse, wovon man spreche. Vor acht Jahren habe ihm MdB Stercken am Rande einer IPU-Konferenz in Ottawa gesagt, daß möglicherweise auch deutsche Firmen in illegaler Weise am Ausbau des Chemie-Waffen-Potentials des Irak beteiligt gewesen seien. Iraner seien Opfer dieser Waffen geworden. Einige der Verletzten seien auch in deutschen Krankenhäusern behandelt worden.

8. Bezüglich der Kernwaffen wurde der Iran ganz offen ausdrücken, daß es nur an der friedlichen Nutzung der Kernenergie interessiert sei und jederzeit im eigenen Lande Kontrollen und Beobachtermissionen zu-
lassen werde. Der Iran werde sich jeglicher Kontrolle stellen.

In seinem Gespräch mit BM Kinkel habe er auch ausgedrückt, daß Iran jedwede Kontrolle akzeptieren werde, die dazu führen werde, daß das Kernkraftwerk Bushir nun noch zu Ende geführt wird. Iran sei dazu bereit.

9. Staatsminister Schmidbauer dankte Herrn Rouhani für seine Ausführung und auch für die Offenheit, mit der sie vorgetragen worden seien. Ein offenes Gespräch sei wichtig, um eine Vertiefung des Dialoges zu erreichen. Man müsse auch unbequeme Dinge sagen dürfen, die dem Ausbau der Beziehungen entgegenstünden und die beseitigt werden müßten. Er wolle sehr gerne ein paar Beispiele nennen. Herr Rouhani habe davon gesprochen, daß die Abgeordneten im iranischen Parlament beunruhigt über die Volksmujaheddin in Deutschland seien. Auch bei uns gebe es eine nicht unbedeutende Zahl von Abgeordneten, die im Zusammenhang mit Vorfällen, die Herrn Rouhani bekannt seien, wegen des Iran beunruhigt seien. Dies sei auch die Pflicht der Abgeordneten, denn sie hätten die Entwicklungen zwischen den beiden Staaten zu beobachten und zur Kenntnis zu nehmen.

Deutschland habe schlimme Erfahrungen mit dem Terrorismus gemacht. Es habe nicht nur die Morde der RAF, sondern auch Morde von ausländischen Terroristen auf deutschem Territorium gegeben. Aber eine Linie habe die Bundesregierung immer durchgehalten: Sie sei nie erpressbar gewesen. Es sei auch zwecklos, politische Fragen durch die Ermordung von Dissidenten und Oppositionellen lösen zu wollen.

10. Staatsminister Schmidbauer führte aus, daß er bezüglich der Volksmujaheddin gern folgendes ausführen wolle: Vor einem Jahr hätten die Volksmujaheddin ihre Aktivitäten in Deutschland beträchtlich ausgedehnt und hätten auch die iranische Botschaft zerstört. Die Bundesregierung habe sehr deutlich gemacht, daß derartige Aktivitäten nicht toleriert werden könnten und habe parallel dazu auch anderen Gruppierungen, darunter auch der PKK, sehr deutlich gemacht, daß der Staat sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln kontrollieren würde. Es seien auch einige Gruppen verboten worden. Aber dabei müsse man immer bedenken, daß deren Mitglieder dann zum Teil in die Illegalität abtauchten. Deshalb sei der Sicherheitsapparat unseres Landes angewiesen worden, alle diese Gruppen zu beobachten und diese Gruppen auch wissen zu lassen, daß sie beobachtet würden. Er

persönlich stelle keinen Unterschied zu den von Frankreich und Großbritannien getroffenen Maßnahmen fest.

11. Herr Rouhani erwidert daraufhin, daß Großbritannien und Frankreich Mitglieder der Volksmohajeddin ausgewiesen hätten.
12. Staatsminister Schmidbauer entgegnet, daß Frankreich und Großbritannien lediglich Personen innerhalb Europas abgeschoben hätten, darunter auch in die Bundesrepublik Deutschland. Dies sei keine Lösung des grundlegenden Problems. Für uns sei festzustellen, daß wir die Bewegungen aller terroristischer Gruppierungen beobachteten. Seit sie wüßten, daß sie sehr stark beobachtet würden, hätten die terroristischen Aktivitäten auch nachgelassen. Dies sei auch wichtig im Zusammenhang mit dem grundsätzlichen Ausländerproblem bei uns. Nach der deutschen Rechtsordnung würden die ausländischen Gäste toleriert, solange sie nicht straffällig würden und solange sie die Beschränkung politischer Aktivität einhielten. Die Bundesregierung sei gerade dabei, Strafvollzugsmaßnahmen gegen straffällig gewordene Ausländer zu verschärfen. Gegen diese Maßnahmen, die am 13. Mai realisiert werden sollten, formiere sich jetzt aber auch Opposition. Es seien einige Abgeordnete deswegen bedroht worden.

Auch beim Besuch von Herrn Rouhani habe man sich nicht durch Drohungen einschüchtern lassen. Der Schutz der iranischen Vertretung und des diplomatischen Personals sowie aller anderen Landsleute sei zweifelsohne gewährt. Als Politiker müsse man sich aber daran gewöhnen, daß man in der modernen Demokratie sehr viel Kritik und auch persönliche Angriffe einzustecken habe. Es ginge darum, die Dinge nüchtern zu betrachten.

Uns sei bekannt, daß die Terroristen Deutschland auch als Ruhe- und Versorgungsraum betrachteten. Es sei auch bekannt, daß sie hier ihre Finanzierung durch Rauschgifthandel oder Schutzgelderpressung betrieben.

13. Staatsminister Schmidbauer fuhr fort, daß es auch in Deutschland politische Gruppierungen gebe, die für die Volksmohajeddin Sympathie empfänden und sie gegen die iranische Regierung unterstützten. Auch er persönlich habe sich in der vergangenen Zeit Angriffen ausgesetzt

gesehen, die wegen seines Engagements zur Verbesserung der deutsch-iranischen Beziehungen entstanden seien. Es gebe eine Reihe von Störversuchen zu den bilateralen Beziehungen. Man dürfe sie nicht verschweigen, denn es gebe auch Probleme, die uns Sorgen machten.

Bei einer Unterredung in Teheran habe man im vergangenen Jahr Einverständnis darüber erzielt, daß der Iran auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland keine Aktivitäten unternehmen würde, die illegal seien oder die Beziehungen belasten. In diesem Zusammenhang wolle er jedoch offen ansprechen, daß er Beweise dafür habe, daß der Iran noch bis in diese Tage hinein eine aktive Rolle in der Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland gespielt habe. Die Bundesrepublik Deutschland habe daraus keine Konsequenzen gezogen, obwohl sie davon gewußt habe.

Es bestünde außerdem der Verdacht, daß der Iran an einigen Anschlägen in der letzten Zeit in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt gewesen sei. Er habe heute die Anklageschrift im Fall "Mykonos" erhalten. Darin gebe es eine Reihe von belastenden Feststellungen, die von einem unabhängigen Gericht nach sorgfältiger Prüfung ermittelt worden seien. Er sei sich nicht sicher, wie dieser Prozeß ausgehen würde, er wünsche sich jedoch, daß durch den Prozeß keine Belastung der Beziehungen mit dem Iran entstehen würde. Es sei sehr wichtig, alle zu beanstandenden Vorkommnisse sofort einzustellen und alle Verdächtigungen auszuräumen.

Staatminister Schmidbauer betonte, daß er gerne bereit sei, jede Entlastung des Gastes in dieser Frage entgegenzunehmen.

14. Bezüglich der Sorge des Iran über die Aufrüstung in der Region teile er diese. Herr Rouhani habe mit MdB Stercken über die Entwicklung der C-Waffen in der Region und insbesondere im Irak gesprochen. Er wolle hier ganz offen sagen, daß deutsche Firmen durch illegale Ausfuhren an diesen Geschäften beteiligt gewesen seien, daß sie aber eindeutig gegen unsere Gesetze verstoßen hätten. Dies habe sich nicht nur auf den Irak bezogen, sondern sei auch in anderen Ländern bemerkbar gewesen. Auch in Libyen hätten deutsche Firmen in illegaler Weise am Aufbau von CW-Fähigkeiten teilgenommen. Es sei auch dual-use-Technologie und das Know How zur Fertigung von Raketen in die Region

geliefert worden. Dies gelte auch für die Entwicklung der Scud-Raketenkapazität des Irak.

Aber für jeden sei jetzt sichtbar, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Exportkontrollgesetzgebung verschärft habe und daß es eine Fülle von exekutiven Eingriffsmöglichkeiten gebe. Es werde deshalb immer schwerer werden, von uns aus illegale Exporte vorzunehmen. Die Bundesregierung werde in Zukunft in einem Zweifelsfalle eher schärfer vorgehen.

Mit Besorgnis stelle die Bundesregierung derzeit fest, daß andere Länder der Dritten Welt, insbesondere Nordkorea, China, Pakistan und Indien als Waffenexporteure aufträten. Sie lieferten Raketen-technologie, die zwar auf dem Stand der 60er Jahre sei, aber doch zu großen Zerstörungen fähig wäre. In der Proliferationsfrage müßten deshalb dringend Fortschritte erzielt werden.

15. Staatsminister Schmidbauer begrüßte den sehr frühen Beitritt des Iran zur C-Waffen-Konvention. Dies sei ein wichtiges Signal gewesen. Er persönlich habe das Gefühl, daß nicht die Isolation, sondern vielmehr der permanente Dialog mit dem Iran die Vertrauensbasis für die Beziehung verbreitere. Er lasse persönlich keinen Gelegenheit aus, um mit den Vertretern des Iran zu sprechen und den Dialog zu vertiefen. Jedes Treffen bringe das gegenseitige Verständnis füreinander voran.

Staatsminister Schmidbauer führte aus, daß auch im Zusammenhang mit der Geiselfreiung Strübig-Kemptner von der iranischen Seite alles eingehalten worden sei, was damals abgesprochen worden wäre. Ihn erstaune deshalb im Augenblick auch die etwas große Hektik im Fall Szimkus. In unserer Presse werde sehr oft theoretisiert, dies gelte vielleicht auch für die iranische Presse. Die Bundesregierung habe von vorneherein bei ihren Gesprächen mit dem Iran klargestellt, daß dieser Fall für uns einen rein humanitären Aspekt habe. Er zweifle nicht, daß in diesem Sinne eine humanitäre Lösung gefunden werde, wie sie auch bei früheren Gesprächen mit dem Iran besprochen worden sei.

Staatsminister Schmidbauer bittet die Gäste zum Essen.

16. Herr Rouhani führt zu den Volksmohajeddin aus, daß die Ausführungen des Staatsministers ihn noch nicht überzeugt hätten. Sie reichten nicht aus, um die iranischen Abgeordneten zu Hause zu beruhigen. Deutschland sei ein wichtiger Stützpunkt der Volksmohajeddin. Es entspreche nicht den Beziehungen seines Landes zu Deutschland, daß eine derartig gefährliche Gruppierung in Deutschland toleriert werde. Die Aktivität der Volksmohajeddin in Großbritannien sei sehr zurückgegangen. In Deutschland halte sie aber unverändert an.
17. Bezüglich des "Mykonos"-Falles in Berlin bitte er darum, alles Mögliche zu tun, um eine Aufklärung des Falles zu erreichen. Für den Fall, daß iranische Stellen daran beteiligt gewesen sein sollten, solle man dies ganz offen und mit Beweisen mitteilen. Er könne sich nicht vorstellen, daß iranische Stellen daran beteiligt seien. Im privaten Kreise wolle er hier sagen, daß es vor einigen Jahren so gewesen sei, daß einige "Sektionen" im Lande nicht ganz unter der Kontrolle der Zentralregierung gewesen sei. Aber dies sei heute nicht der Fall.
18. Bezüglich der Geiselfrage und der Geiselbefreiung im vergangenen Jahr wolle er nur sagen, daß der Iran damals alles in seiner Kraft stehenden versucht habe, diese Frage zu lösen. Es sei jedoch sehr schwer gewesen, die Gruppierungen im Libanon zu überzeugen. Auch im eigenen Lande habe sich Widerstand gegen die Regierung breit gemacht, weil die Regierung sich auf eine derartige Aktion eingelassen habe. Insbesondere habe es große Schwierigkeiten gegeben, auch die amerikanischen Geiseln in diese Aktion einzubeziehen. Dem Iran seien damals vom Westen viel Versprechungen über einen "deal" beim erfolgreichen Abschluß der Geiselbefreiung gemacht worden. Aber diese Versprechungen seien nicht gehalten worden.
19. Staatsminister Schmidbauer wirft ein, ob Präsident Rouhani von den amerikanischen Geiseln rede.
20. Herr Rouhani bestätigt, daß es sich um die amerikanischen Geiseln handelt. Es sei dem Iran auch versprochen worden, daß man sich um die iranischen Geiseln im Libanon kümmern werde. Die dortigen Falangisten hätten unter anderem den iranischen Geschäftsträger im Iran entführt.

Dem Iran sei immer wieder gesagt worden, daß diese Leute tot seien. Die eigenen Informationen hätten allerdings darauf hingedeutet, daß sie noch lebten. Man habe daraufhin der anderen Seite gesagt, daß man dann wenigstens die Leichen herausgeben könne. Dieser Dialog sei aber nie zu Ende geführt worden.

21. Staatsminister Schmidbauer bietet bezüglich der iranischen Geiseln im Libanon die Hilfe unserer Dienste an.
22. Herr Rouhani fährt im Zusammenhang mit der Geisel-Frage fort: Auch im Bezug auf Deutschland hätte man von einer Paketlösung gesprochen. Davon habe man allerdings bisher nicht viel gesehen. Es sei allerdings die humanitäre Pflicht des Iran gewesen, die Geiselbefreiung vorzunehmen. Deshalb habe man es getan. Es wäre jetzt auch gut, wenn man die iranischen Schwierigkeiten sehen würde. Seine Regierung sei intern auch deshalb unter Druck, weil man ihr vorwerfe, daß sie ihren Teil bei der Geiselbefreiung getan habe und jetzt mit leeren Händen dastehe.

Er betone noch einmal, daß der Iran sehr an einer praktischen Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung interessiert sei. Bei diesem Vorschlag sehe er ein ernsthaftes Interesse beider Länder, zusammenzuarbeiten.

23. Herr Rouhani spricht dann das Problem Bosnien an. Diese Frage sei sehr gefährlich geworden. Die Islamische Konferenz habe vor einiger Zeit ein Ultimatum dahingehend gestellt, daß sich entweder die Lage der bosnischen Serben verbessern müsse, oder aber, falls dies nicht der Fall wäre, das Waffenembargo gegen sie aufgehoben werden müsse. In der Zwischenzeit sei nichts geschehen. Die Lage sei eher schlimmer geworden. Irans Interesse an dem Problem bestehe nicht nur deshalb, weil dort Moslems betroffen seien. Es ginge hier um eine generelle Verantwortung, die insbesondere die Europäer beträfe. Der iranische Vorschlag laufe darauf hinaus, das Waffenembargo gegenüber Bosnien aufzuheben, wenn man nicht in der Lage sei, die Bosnier entsprechend zu schützen. Dort stehe ein Völkermord bevor. Das Flugverbot habe keine große Bedeutung. Die iranische Bitte sei deshalb, daß Deutschland in den VN und in der EG die Initiative ergreife, um eine Änderung der Verhältnisse zu erreichen.

337

- 12 -

342

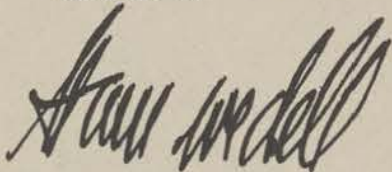
24. Herr Rouhani fragt dann nach Einschätzung des Staatsministers zur gegenwärtigen Lage in Rußland nach dem Referendum vom 25. April. Staatsminister Schmidbauer erläuterte unsere Haltung dazu.

Bezüglich der Entwicklung in Bosnien-Herzegowina erläutert Staatsminister Schmidbauer die besonderen historischen Beschränkungen, die einem deutschen Engagement entgegenstehen.

25. StM Schmidbauer und Abteilungsleiter 6 bitten dann die iranische Seite, sich zugunsten des in Afghanistan entführten deutschen Rauschgiftverbindungsbeamten des Generalkonsulats Karachi zu verwenden.

Iranische Seite sagt dies zu, macht aber gleichzeitig deutlich, daß sie gegenüber der Fraktion des Fundamentalistenführers Hekmatyar in Afghanistan selber wenig Einfluß habe.

26. Staatsminister Schmidbauer übergibt dem Gast zum Abschluß ein Geschenk im Namen des Bundeskanzlers und bittet um Übermittlung von Grüßen an Präsident Rafsanjani auch im Namen des Herrn Bundeskanzlers.



(Dr. Hauswedell)

Referat 214

Bonn, 29.04.1993

V e r m e r k

Betr.: Gespräch Staatsminister Schmidbauer mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des iranischen Parlaments und Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats der Islamischen Republik Iran, Herrn Hassan Rouhani, am 29. April 1993 in Bonn^[1]

I.

StM Schmidbauer empfing am 29. April den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Iranischen Parlaments und Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats der Islamischen Republik Iran, Herrn Hassan Rouhani, zu einem Gespräch. Auf iranischer Seite nahmen neben Botschafter Moussavian und dem Dolmetscher noch die Abgeordneten Saadi und Saddatian an dem Gespräch teil; auf unserer Seite waren Herr Abteilungsleiter 6, Herr MDg Hellmann und Unterzeichner anwesend.

Hauptgesprächspunkte waren die bilateralen Beziehungen, die Lage im Nahen und Mittleren Osten, die Bekämpfung des Terrorismus, die Einschätzung der Entwicklung in Rußland, die Fragen der nuklearen Nichtverbreitung und der Rüstungskontrolle, die Lage im ehemaligen Jugoslawien und die derzeit im Verhältnis zwischen Iran und Deutschland angefallenen Haft- und Konsularfälle.

II.

1. Staatsminister Schmidbauer begrüßte den Gast auch im Namen des Herrn Bundeskanzlers und drückte seine Erwartung aus, daß die Fortsetzung des Dialoges mit Herrn Rouhani, der bereits im vorigen Jahr in Teheran seinen Anfang genommen habe, sich positiv auf die weiteren Beziehungen auswirken würde. Der offene Meinungs-austausch sei wichtig.

2. Herr Rouhani dankte für die Einladung sowie für die Gelegenheit zur Aussprache und dankte dem Staatsminister, daß er sich in der letzten Zeit durch ständige Kontakte zu Botschafter Moussavian sehr deutlich um die Verbesserung der deutsch-iranischen Beziehungen gekümmert habe. Er wolle dieses Gespräch nutzen, um ganz offen einige Probleme anzusprechen, die für die gegenseitigen Beziehungen von Bedeutung seien. Darüber hinaus wolle die iranische Seite Vorschläge für konstruktive Zusammenarbeit in einer Reihe von Bereichen anbieten.

Bei seinem gestrigen Gespräch mit dem Vorsitzenden des Unterausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, MdB Vogel (Ennepetal), habe er bereits den Vorschlag unterbreitet, daß in Zukunft die Menschenrechtsausschüsse der beiden Parlamente eine Zusammenarbeit beginnen sollten. In seinen Ausführungen habe er allerdings auch darauf hingewiesen, daß beide Staaten unterschiedliche Kulturen und Mentalitäten hätten und daß sich deshalb manchmal eine verschiedene Betrachtungsweise ergebe. Aber dies sei kein Hindernis für eine Zusammenarbeit. Ein erster Schritt in diese Richtung könne die Reise der beiden Abgeordneten Baum und Hirsch in den Iran im Mai dieses Jahres sein. Er wolle nur sagen, daß die Tore der iranischen Gefängnisse offen seien und daß deutsche Abgeordnete dort jederzeit einen Besuch machen könnten.

3. Es habe auf Seiten der deutschen Abgeordneten auch Sorgen wegen der Hinrichtungen im Iran gegeben. Diese Hinrichtungen beträfen in erster Linie verurteilte Drogenschmuggler und Drogenhändler. Der Iran sei der Auffassung, daß die Drogen nicht nur ein iranisches Problem darstellten, sondern in erster Linie Europa berührten. Er habe deshalb den Abgeordneten die Frage gestellt, was wohl passieren würde, wenn der Iran alle Drogenhändler und "Drogenkarawanen", die ohnehin auf Europa ausgerichtet seien, durchlassen würde. Er könne sich vorstellen, daß in einem solchen Fall sehr schnell europäische Parlamentarier dahingehend auf den Iran einwirken würden, die Drogenhändler bereits dort zu stoppen.

4. Es werde gegenüber dem Iran auch immer wieder der Vorwurf des Exports der islamischen Revolution erhoben. Der Iran habe wiederholt erklärt, daß er keinen Export seiner islamischen Revolution mit militärischen Mitteln anstrebe. Sein Land gebe jedoch dann eine Unterstützung auf

religiöser Ebene, wenn die Bevölkerung anderer Länder es wolle. Der Iran habe

Anhänger in anderen Ländern; dies werde immer wieder deutlich, wenn Führer seines Landes in benachbarte Länder führen. Der Iran plane aber keinesfalls eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten. Iran werde z.B. von Ägypten immer wieder beschuldigt, daß es in Ägypten Untergrundarbeit betreibe. Aber immer, wenn der Iran nach Beweisen frage, hätte die ägyptische Seite diese nicht vorlegen können. Bei der ägyptischen Führung ergebe sich sehr oft die Neigung, von den inneren Schwierigkeiten im Lande durch Verweise auf "ausländische Machenschaften" abzulenken. Elemente, die der ägyptischen Führung nicht gelegen seien, würden in eine Assoziierung mit ausländischen Mächten gebracht, um sie zu diskreditieren. Er sage sehr deutlich, daß sein Land Interesse daran habe, die kulturellen Verbindungen zu den benachbarten Staaten aufrechtzuerhalten. Aber der Iran plane keinen Export der Revolution.

5. Bezüglich des Terrorismus wolle er offen mit der Bundesrepublik Deutschland sprechen. Es sei im Iran sehr deutlich, daß aus der Sicht des dortigen Parlaments und der Bevölkerung die Anwesenheit terroristischer iranischer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland nicht verstanden werde. Es handele sich in erster Linie um die Volksmohammedin, eine Gruppe, die in den letzten 14 Jahren ständig terroristische Anschläge vorgenommen habe. Im iranischen Volksmund hießen die Volksmohammedin "die Heuchler". Er selber sei einmal auf dem Flughafen in Frankfurt von ihnen bedroht worden. Was würde wohl ein deutscher Politiker sagen, wenn er auf dem Flughafen in Teheran von einem anderen Deutschen bedroht würde?

Die Volksmohammedin seien unter anderem im Iran auch deshalb verhaßt, weil sie im Krieg mit dem Irak auf der Seite des Irak gestanden hätten. Es sei sehr deutlich, daß die Volksmohammedin in den europäischen Ländern ausgebildet würden und dort auch ihre Publikationen erschienen. Frankreich und Großbritannien hätten inzwischen Schritte zur Eingrenzung der Aktivitäten der Volksmohammedin unternommen. Diese Maßnahmen zeigten auch erste Wirkung. In Deutschland habe es jedoch keine solchen Beschränkungen gegeben.

Die Berichte der iranischen Nachrichtendienste über die Aktivitäten der Volksmohammedin in Deutschland seien besorgniserregend. Deutschland habe wohl die Schwierigkeiten mit dem Terrorismus nicht am eigenen Leibe erfahren. Er hoffe nur, daß Deutschland derartige Erfahrungen erspart blieben. Die Volksmohammedin hätten in der letzten Zeit sogar Ölquellen zur Explosion gebracht. Dies sei eine Verschwendung von Volksvermögen.

6. Sein Vorschlag laute deshalb dahingehend, daß Deutschland und der Iran dem Terrorismus gemeinsam begegnen sollten. Staatspräsident Rafsanjani habe bereits in seinem Brief an die EG-Regierungschefs im Februar dieses Jahres auf dieses Problem hingewiesen und wirkungs-volle Schritte gegen den Terrorismus vorgeschlagen. Man könne mit der Zusammenarbeit jetzt mit Deutschland beginnen. Wenn diese Zusammenarbeit Früchte trage, könnten auch andere europäische Staaten in diese Zusammenarbeit eingebunden werden.

Er hoffe, daß Staatsminister Schmidbauer in der Lage sei, ihm einige gute Nachrichten zur Beruhigung der Abgeordneten im Iran mitzugeben. Es gebe einige unter diesen Abgeordneten, die eine sehr kritische Haltung gegenüber Deutschland hätten. Diese Abgeordneten gingen davon aus, daß die deutschen Behörden die Volksmohammedin unterstützten. Er persönlich glaube das nicht, wolle jedoch darauf aufmerksam machen, daß es derartige Meinungen gebe.

Es gebe außer den Volksmohammedin auch andere Terroristen im Iran. Auch die Demokratische Partei Kurdistans verfolge diese Neigung. Man habe sich mit den Kurdenführern Talabani und Barzani getroffen und deutlich darauf hingewiesen, daß eine bewaffnete Aktion der Kurden im Iran von dem kurdischen Territorium im Nord-Irak her nicht toleriert werden würde. Talabani habe dies in Teheran auch zugesagt, allerdings sei sein Bemühen wohl erfolglos geblieben.

Der Iran sei das Land mit den meisten Opfern des Terrorismus. Er habe mit Minister Kinkel am Vortage auch über diese Angelegenheit gesprochen. Der Bundesminister habe ihm zugesichert, daß er nichts dagegen habe, wenn die Aktivitäten derartiger Gruppen in Deutschland eingeschränkt werden würden.

7. Bezüglich der Rüstungskontrolle und der Überrüstung im Mittleren Osten habe er auch mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses gesprochen. Er habe dort

dargelegt, daß der Iran sich große Sorgen über die Anhäufung von Waffen in der Region mache. Es sei unklug, in einer Region, die Öl für die ganze Welt fördere, "derartig viel Pulver" anzuhäufen. Das iranische Verteidigungs-Budget für 1993 sei nur sehr gering (Staatsminister Schmidbauer wirft angesichts der übermittelten Zahlen ein, daß diese wohl kaum ausgereicht haben dürften, um die iranische U-Boot-Bestellung in Rußland zu tätigen; Rouhani entgegnet, daß diese Bestellung bereits aus dem Budget für 1989 beglichen worden sei).

Der Iran habe keinerlei geheimen Aufrüstungspläne. Seine Parlamentsdebatten würden frei übertragen, es gebe auch keine versteckten Haushaltsmittel für militärische Zwecke.

Der Iran sei sehr daran interessiert, die gesamte Region frei von ABC-Waffen zu bekommen. Die große Sorge des Iran seien die Atomwaffen Israels. Man gehe im Iran davon aus, daß Israel 200 Nuklearsprengköpfe besitze. Ein Sachverständiger aus Großbritannien habe ihm jedoch vor kurzer Zeit gesagt, daß Israel sogar 800 solcher Nuklearsprengköpfe besitze. Aber schon ein Nuklearsprengkopf sei zuviel. Für seine Regierung gelte, daß die gesamte Region frei von ABC-Waffen sein müsse.

Der Iran sei selbst Opfer eines Einsatzes chemischer Waffen geworden, man wisse, wovon man spreche. Vor acht Jahren habe ihm MdB Stercken am Rande einer IPU-Konferenz in Ottawa gesagt, daß möglicherweise auch deutsche Firmen in illegaler Weise am Ausbau des Chemie-Waffen-Potentials des Irak beteiligt gewesen seien. Iraner seien Opfer dieser Waffen geworden. Einige der Verletzten seien auch in deutschen Krankenhäusern behandelt worden.

8. Bezüglich der Kernwaffen wurde der Iran ganz offen ausdrücken, daß es nur an der friedlichen Nutzung der Kernenergie interessiert sei und jederzeit im eigenen Lande Kontrollen und Beobachtermissionen zu lassen werde. Der Iran werde sich jeglicher Kontrolle stellen.

In seinem Gespräch mit BM Kinkel habe er auch ausgedrückt, daß Iran jedwede Kontrolle akzeptieren werde, die dazu führen werde, daß das Kernkraftwerk Bushir nun noch zu Ende geführt wird. Iran sei dazu bereit.

9. Staatsminister Schmidbauer dankte Herrn Rouhani für seine Ausführung und auch für die Offenheit, mit der sie vorgetragen worden seien. Ein offenes Gespräch sei wichtig, um eine Vertiefung des Dialoges zu erreichen. Man müsse auch unbequeme Dinge sagen dürfen, die dem Ausbau der Beziehungen entgegenstünden und die beseitigt werden müßten. Er wolle sehr gerne ein paar Beispiele nennen. Herr Rouhani habe davon gesprochen, daß die Abgeordneten im iranischen Parlament beunruhigt über die Volksmohajeddin in Deutschland seien. Auch bei uns gebe es eine nicht unbeträchtliche Zahl von Abgeordneten, die im Zusammenhang mit Vorfällen, die Herrn Rouhani bekannt seien, wegen des Iran beunruhigt seien. Dies sei auch die Pflicht der Abgeordneten, denn sie hätten die Entwicklungen zwischen den beiden Staaten zu beobachten und zur Kenntnis zu nehmen.

Deutschland habe schlimme Erfahrungen mit dem Terrorismus gemacht. Es habe nicht nur die Morde der RAF, sondern auch Morde von ausländischen Terroristen auf deutschem Territorium gegeben. Aber eine Linie habe die Bundesregierung immer durchgehalten: Sie sei nie erpressbar gewesen. Es sei auch zwecklos, politische Fragen durch die Ermordung von Dissidenten und Oppositionellen lösen zu wollen.

10. Staatsminister Schmidbauer führte aus, daß er bezüglich der Volksmohajeddin gern folgendes ausführen wolle: Vor einem Jahr hätten die Volksmohajeddin ihre Aktivitäten in Deutschland beträchtlich ausgeweitet und hätten auch die iranische Botschaft zerstört. Die Bundesregierung habe sehr deutlich gemacht, daß derartige Aktivitäten nicht toleriert werden könnten und habe parallel dazu auch anderen Gruppierungen, darunter auch der PKK, sehr deutlich gemacht, daß der Staat sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln kontrollieren würde. Es seien auch einige Gruppen verboten worden. Aber dabei müsse man immer bedenken, daß deren Mitglieder dann zum Teil in die Illegalität abtauchten. Deshalb sei der Sicherheitsapparat unseres Landes angewiesen worden, alle diese Gruppen zu beobachten und diese Gruppen auch wissen zu lassen, daß sie beobachtet würden. Er

persönlich stelle keinen Unterschied zu den von Frankreich und Großbritannien getroffenen Maßnahmen fest.

11. Herr Rouhani erwidert daraufhin, daß Großbritannien und Frankreich Mitglieder der Volksmojaheddin ausgewiesen hätten.

12. Staatsminister Schmidbauer entgegnet, daß Frankreich und Großbritannien lediglich Personen innerhalb Europas abgeschoben hätten, darunter auch in die Bundesrepublik Deutschland. Dies sei keine Lösung des grundlegenden Problems. Für uns sei festzustellen, daß wir die Bewegungen aller terroristischer Gruppierungen beobachteten. Seit sie wüßten, daß sie sehr stark beobachtet würden, hätten die terroristischen Aktivitäten auch nachgelassen. Dies sei auch wichtig im Zusammenhang mit dem grundsätzlichen Ausländerproblem bei uns. Nach der deutschen Rechtsordnung würden die ausländischen Gäste toleriert, solange sie nicht straffällig würden und solange sie die Beschränkung politischer Aktivität einhielten. Die Bundesregierung sei gerade dabei, Strafvollzugsmaßnahmen gegen straffällig gewordene Ausländer zu verschärfen. Gegen diese Maßnahmen, die am 13. Mai realisiert werden sollten, formiere sich jetzt aber auch Opposition. Es seien einige Abgeordnete deswegen bedroht worden.

Auch beim Besuch von Herrn Rouhani habe man sich nicht durch Drohungen einschüchtern lassen. Der Schutz der iranischen Vertretung und des diplomatischen Personals sowie aller anderen Landsleute sei zweifelsohne gewährt. Als Politiker müsse man sich aber daran gewöhnen, daß man in der modernen Demokratie sehr viel Kritik und auch persönliche Angriffe einzustecken habe. Es ginge darum, die Dinge nüchtern zu betrachten.

Uns sei bekannt, daß die Terroristen Deutschland auch als Ruhe- und Versorgungsraum betrachteten. Es sei auch bekannt, daß sie hier ihre Finanzierung durch Rauschgifthandel oder Schutzgelderpressung betrieben.

13. Staatsminister Schmidbauer fuhr fort, daß es auch in Deutschland politische Gruppierungen gebe, die für die Volksmojaheddin Sympathie empfänden und sie gegen die iranische Regierung unterstützten. Auch er persönlich habe sich in der vergangenen Zeit Angriffen ausgesetzt

gesehen, die wegen seines Engagements zur Verbesserung der deutsch-iranischen Beziehungen entstanden seien. Es gebe eine Reihe von Störversuchen zu den bilateralen Beziehungen. Man dürfe sie nicht verschweigen, denn es gebe auch Probleme, die uns Sorgen machten.

Bei einer Unterredung in Teheran habe man im vergangenen Jahr Einverständnis darüber erzielt, daß der Iran auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland keine Aktivitäten unternehmen würde, die illegal seien oder die Beziehungen belasten. In diesem Zusammenhang wolle er jedoch offen ansprechen, daß er Beweise dafür habe, daß der Iran noch bis in diese Tage hinein eine aktive Rolle in der Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland gespielt habe. Die Bundesrepublik Deutschland habe daraus keine Konsequenzen gezogen, obwohl sie davon gewußt habe.

Es bestünde außerdem der Verdacht, daß der Iran an einigen Anschlägen in der letzten Zeit in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt gewesen sei. Er habe heute die Anklageschrift im Fall "Mykonos" erhalten. Darin gebe es eine Reihe von belastenden Feststellungen, die von einem unabhängigen Gericht nach sorgfältiger Prüfung ermittelt worden seien. Er sei sich nicht sicher, wie dieser Prozeß ausgehen würde, er wünsche sich jedoch, daß durch den Prozeß keine Belastung der Beziehungen mit dem Iran entstehen würde. Es sei sehr wichtig, alle zu beanstandenden Vorkommnisse sofort einzustellen und alle Verdächtigungen auszuräumen.

Staatminister Schmidbauer betonte, daß er gerne bereit sei, jede Entlastung des Gastes in dieser Frage entgegenzunehmen.

14. Bezüglich der Sorge des Iran über die Aufrüstung in der Region teile er diese. Herr Rouhani habe mit MdB Stercken über die Entwicklung der C-Waffen in der Region und insbesondere im Irak gesprochen. Er wolle hier ganz offen sagen, daß deutsche Firmen durch illegale Ausfuhren an diesen Geschäften beteiligt gewesen seien, daß sie aber eindeutig gegen unsere Gesetze verstoßen hätten. Dies habe sich nicht nur auf den Irak bezogen, sondern sei auch in anderen Ländern bemerkbar gewesen. Auch in Libyen hätten deutsche Firmen in illegaler Weise am Aufbau von CW-Fähigkeiten teilgenommen. Es sei auch dual-use-Technologie und das Know-How

zur Fertigung von Raketen in die Region

geliefert worden. Dies gelte auch für die Entwicklung der Scud-Raketenkapazität des Irak.

Aber für jeden sei jetzt sichtbar, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Exportkontrollgesetzgebung verschärft habe und daß es eine Fülle von exekutiven Eingriffsmöglichkeiten gebe. Es werde deshalb immer schwerer werden, von uns aus illegale Exporte vorzunehmen. Die Bundesregierung werde in Zukunft in einem Zweifelsfalle eher schärfer vorgehen.

Mit Besorgnis stelle die Bundesregierung derzeit fest, daß andere Länder der Dritten Welt, insbesondere Nordkorea, China, Pakistan und Indien als Waffenexporteure aufträten. Sie lieferten Raketen-technologie, die zwar auf dem Stand der 60er Jahre sei, aber doch zu großen Zerstörungen fähig wäre. In der Proliferationsfrage müßten deshalb dringend Fortschritte erzielt werden.

15. Staatsminister Schmidbauer begrüßte den sehr frühen Beitritt des Iran zur C-Waffen-Konvention. Dies sei ein wichtiges Signal gewesen. Er persönlich habe das Gefühl, daß nicht die Isolation, sondern vielmehr der permanente Dialog mit dem Iran die Vertrauensbasis für die Beziehung verbreitere. Er lasse persönlich keine Gelegenheit aus, um mit den Vertretern des Iran zu sprechen und den Dialog zu vertiefen. Jedes Treffen bringe das gegenseitige Verständnis füreinander voran.

Staatsminister Schmidbauer führte aus, daß auch im Zusammenhang mit der Geiselnbefreiung Strübig-Kemptoner von der iranischen Seite alles eingehalten worden sei, was damals abgesprochen worden wäre. Ihn erstaune deshalb im Augenblick auch die etwas große Hektik im Fall Szimkus. In unserer Presse werde sehr oft theoretisiert, dies gelte vielleicht auch für die iranische Presse. Die Bundesregierung habe von vorneherein bei ihren Gesprächen mit dem Iran klargestellt, daß dieser Fall für uns einen rein humanitären Aspekt habe. Er zweifle nicht, daß in diesem Sinne eine humanitäre Lösung gefunden werde, wie sie auch bei früheren Gesprächen mit dem Iran besprochen worden sei.

Staatsminister Schmidbauer bittet die Gäste zum Essen.

Herr Rouhani führt zu den Volksmohajeddin aus, daß die Ausführungen des Staatsministers ihn noch nicht überzeugten hätten. Sie reichten nicht aus, um die iranischen Abgeordneten zu Hause zu beruhigen. Deutschland sei ein wichtiger Stützpunkt der Volksmohajeddin. Es entspreche nicht den Beziehungen seines Landes zu Deutschland, daß eine derartig gefährliche Gruppierung in Deutschland toleriert werde. Die Aktivität der Volksmohajeddin in Großbritannien sei sehr zurückgegangen. In Deutschland halte sie aber unverändert an.

17. Bezüglich des "Mykonos"-Falles in Berlin bitte er darum, alles Mögliche zu tun, um eine Aufklärung des Falles zu erreichen. Für den Fall, daß iranische Stellen daran beteiligt gewesen sein sollten, solle man dies ganz offen und mit Beweisen mitteilen. Er könne sich nicht vorstellen, daß iranische Stellen daran beteiligt seien. Im privaten Kreise wolle er hier sagen, daß es vor einigen Jahren so gewesen sei, daß einige "Sektionen" im Lande nicht ganz unter der Kontrolle der Zentralregierung gewesen sei. Aber dies sei heute nicht der Fall.

18. Bezüglich der Geiselnfrage und der Geiselnbefreiung im vergangenen Jahr wolle er nur sagen, daß der Iran damals alles in seiner Kraft stehenden versucht habe, diese Frage zu lösen. Es sei jedoch sehr schwer gewesen, die Gruppierungen im Libanon zu überzeugen. Auch im eigenen Lande habe sich Widerstand gegen die Regierung breit gemacht, weil die Regierung sich auf eine derartige Aktion eingelassen habe. Insbesondere habe es große Schwierigkeiten gegeben, auch die amerikanischen Geiseln in diese Aktion einzubeziehen. Dem Iran seien damals vom Westen viel Versprechungen über einen "deal" beim erfolgreichen Abschluß der Geiselnbefreiung gemacht worden. Aber diese Versprechungen seien nicht gehalten worden.

19. Staatsminister Schmidbauer wirft ein, ob Präsident Rouhani von den amerikanischen Geiseln rede.

20. Herr Rouhani bestätigt, daß es sich um die amerikanischen Geiseln handelt. Es sei dem Iran auch versprochen worden, daß man sich um die iranischen Geiseln im Libanon kümmern werde. Die dortigen Falangisten hätten unter anderem den iranischen Geschäftsträger im Iran entführt.

Dem Iran sei immer wieder gesagt worden, daß diese Leute tot seien. Die eigenen Informationen hätten allerdings darauf hingedeutet, daß sie noch lebten. Man habe daraufhin der anderen Seite gesagt, daß man dann wenigstens die Leichen herausgeben könne. Dieser Dialog sei aber nie zu Ende geführt worden.

21. Staatsminister Schmidbauer bietet bezüglich der iranischen Geiseln im Libanon die Hilfe unserer Dienste an.

22. Her Rouhani fährt im Zusammenhang mit der Geisel-Frage fort: Auch im Bezug auf Deutschland hätte man von einer Paketlösung gesprochen. Davon habe man allerdings bisher nicht viel gesehen. Es sei allerdings die humanitäre Pflicht des Iran gewesen, die Geiselnbefreiung vorzunehmen. Deshalb habe man es getan. Es wäre jetzt auch gut, wenn man die iranischen Schwierigkeiten sehen würde. Seine Regierung sei intern auch deshalb unter Druck, weil man ihr vorwerfe, daß sie ihren Teil bei der Geiselnbefreiung getan habe und jetzt mit leeren Händen dastehe.

Er betone noch einmal, daß der Iran sehr an einer praktischen Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung interessiert sei. Bei diesem Vorschlag sehe er ein ernsthaftes Interesse beider Länder, zusammenzuarbeiten.

23. Herr Rouhani spricht dann das Problem Bosnien an. Diese Frage sei sehr gefährlich geworden. Die Islamische Konferenz habe vor einiger Zeit ein Ultimatum dahingehend gestellt, daß sich entweder die Lage der bosnischen Serben verbessern müsse, oder aber, falls dies nicht der Fall wäre, das Waffenembargo gegen sie aufgehoben werden müsse. In der Zwischenzeit sei nichts geschehen. Die Lage sei eher schlimmer geworden. Irans Interesse an dem Problem bestehe nicht nur deshalb, weil dort Moslems betroffen seien. Es ginge hier um eine generelle Verantwortung, die insbesondere die Europäer beträfe. Der iranische Vorschlag laufe darauf hinaus, das Waffenembargo gegenüber Bosnien aufzuheben, wenn man nicht in der Lage sei, die Bosnier entsprechend zu schützen. Dort stehe ein Völkermord bevor. Das Flugverbot habe keine große Bedeutung. Die iranische Bitte sei deshalb, daß Deutschland in den VN und in der EG die Initiative ergreife, um eine Änderung der Verhältnisse zu erreichen.

24. Herr Rouhani fragt dann nach Einschätzung des Staatsministers zur gegenwärtigen Lage in Rußland nach dem Referendum vom 25. April. Staatsminister Schmidbauer erläuterte unsere Haltung dazu.

Bezüglich der Entwicklung in Bosnien-Herzegowina erläutert Staatsminister Schmidbauer die besonderen historischen Beschränkungen, die einem deutschen Engagement entgegenstehen.

25. StM Schmidbauer und Abteilungsleiter 6 bitten dann die iranische Seite sich zugunsten des in Afghanistan entführten deutschen Rauschgiftverbindungsbeamten des Generalkonsulats Karachi zu verwenden. Iranische Seite sagt dies zu, macht aber gleichzeitig deutlich, daß sie gegenüber der Fraktion des Fundamentalistenführers Hekmatyar in Afghanistan selber wenig Einfluß habe.

26. Staatsminister Schmidbauer übergibt dem Gast zum Abschluß ein Geschenk im Namen des Bundeskanzlers und bittet um Übermittlung von an Präsident Rafsanjani auch im Namen des Herrn Bundeskanzlers.

(Dr. Hausweddel)

[1] BArch, B 136/59731, 331-342.

Division 214

Bonn, 29 April 1993

M e m o r a n d u m

Subject: State Minister Schmidbauer's Meeting with the Chairman of Iran's Foreign Parliamentary Foreign Policy Committee and Secretary of Iran's National Security Council, Mister Hassan Rouhani, on 29 April 1993 in Bonn

[1]

I.

On 29 April, State Minister Schmidbauer received the Chairman of Iran's Foreign Parliamentary Foreign Policy Committee and Secretary of Iran's National Security Council, Mister Hassan Rouhani, for a meeting. On the Iranian side, participants included Ambassador Mousavian, the interpreter, as well as the Parliamentary Deputies Saadi and Saddatian; on our side participants included Head of Department 6, Mr. MDg Hellmann and the signee.

The main issues included bilateral relations, the situation in the Near and Middle East, the fight against terrorism, the assessment of developments in Russia, question of nuclear non-proliferation and arms control, the situation in former Yugoslavia, and the consular and current detention and consular cases.

II.

1. State Minister Schmidbauer welcomes the guest also on behalf of the Chancellor expressing his expectation for a continuation of the dialogue with Mister Rouhani following up on last year's meetings in Teheran. His hope was that this would have a positive impact on the further course of bilateral relations. It was important to have a frank exchange of opinions.

2. Mister Rouhani expresses his thanks for the invitation and the opportunity for the meeting with the State Minister who had undertaken very clear efforts for the improvement of bilateral relations in his steady contacts with Ambassador Mousavian. He wanted to use this meeting for an open discussion on a number of problems with relevance for one's relationship. Moreover, the Iranian side wanted to offer a number of proposals for constructive cooperation in several issue areas.

At yesterday's meeting with the chairman of the Bundestag's subcommittee on human rights and humanitarian assistance Vogel (Ennepetal), had had already brought up the proposal for cooperation between the parliamentary human rights committees of both countries. At the same time, he had also pointed out that both countries had diverging cultures and mentalities which may lead to competing political assessments. But this was not an obstacle for cooperation. The visit of the Bundestag deputies Baum and Hirsch in Iran in May this year could be a first step in this direction. He just wanted to say that the doors to Iran's prisons were open and German deputies could visit prisoners anytime.

3. On the side of the German deputies, there had been concern about executions in Iran. But these execution especially pertained to drug smugglers and drug dealers. Iran's position was that drugs did not only affect Iran, but were also primarily a problem for Europe as well. Thus, he had asked the deputies what would happen if Iran let pass all the drug dealers and "drug caravans" which would be directed at Europe anyway. In this case, he could well imagine that European parliamentarians would immediately ask Iran to stop the drug traders on its territory.

4. Iran was always confronted with accusations about its alleged support for the export of the Islamic revolution. Time and again, Iran had declared that it did not aim at the export of its Islamic revolution with military means. At the same time, his country provided support on a religious level if other countries wished this.

Iran had supporters in other countries. This always become obvious when Iranian leaders were visiting other neighboring states. But Iran did not plan any kind of interference in the internal affairs of other countries. For instance, Iran was always accused by Egypt that it was conducting underground activities in Egypt. But when Iran asked for evidence, the Egyptian side had been unable to come up with anything. The Egyptian leadership very often had the tendency to refer to foreign conspiracies in order to distract attention from the domestic problems in the country. The Egyptian leaders would associate oppositional elements with foreign powers in order to

discredit them. He wanted to emphasize his country's interest in the maintenance of cultural relations with the neighboring countries., but Iran did not plan the export of its revolution.

5. With regard to terrorism, he wanted to have frank discussions with the Federal Republic. The Iranian parliament and the Iranian citizens did not understand the presence of of terrorist Iranian groups in the Federal Republic, especially the Mojehadin-e Khalq, a group that had been pursuing terrorist attacks for 14 years. In Iran, the Mojahedin-e Khalq were called "the hypocrites". He himself had once been threatened by them at Frankfurt Airport. What would a German politician say if he was attacked by another German at an airport in Iran?

Among else, the Mojehadin-e Khalq were also hated in Iran because, during the war with Iraq, they had been fighting with Iraq. It was pretty clear that the Mojehadin-e Khalq were educated in the West European countries as their publication would appear there. Both France and Great Britain had meanwhile taken steps in order to contain their activities. These measure showed first effects. However, there had not been any restrictions in Germany.

The Iranian intelligence reports on the activities of the Mojehadin-e Khalq in Germany were very alarming. Germany had not experienced this kind of terrorism herself. He hoped that Germany would be spared from such experiences. More recently, the Mojehadin-e Khalq had attacked oil wells bringing them to explosion. This was a waste of the people's assets.

6. Hence, his proposal was Germany and Iran had to joint target terrorism. In February of this year, President Rafsanjani had already used his letter to the EC Heads of States in order to point to the problem in an effort to suggest effective measures. Iran could start its cooperation with Germany instantly. If this bore fruits, one could also include other European states.

He hoped that State Minister Schmidbauer was able to pass on some good news to him in order to calm down the Iranian parliamentarians. Among them were a few deputies who had a very critical position toward Germany. These parliamentarians thought that the German authorities were even supporting the Mojehadin-e Khalq. He himself did not believe this but wanted to point to the fact that there were different opinions as well.

Except for the Mojehadin-e Khalq, there were also other terrorist groups in Iran. The Democratic Party of Kurdistan also pursued this line. One had meet Kurdish leaders Talabani and Barzani and had pointed out that one would not tolerate armed operations against Iran from Iraq's Northern territory. Talabani had given pledges in Teheran. However, his efforts had not been successful so far.

Iran was the country which had the most terrorist victims. On the previous day, he had already discuss this with Foreign Minister Kinkel who had assured him that he did not have a problem if the activities of such groups would be contained in Germany.

7. With regards to the arms buildup in the Middle East, he had already discussed this issue with the Chairman of the Defense Committee saying that Iran was very concerned about the accumulation of arms in the region. It was not wise to accumulate such a " vast amount of powder" in a region which was producing oil for the entire world. The Iran defense budget for 1993 was very tiny. (Against the backdrop of the communicated small numbers, State Minister Schmidbauer inserts that this would perhaps not been sufficient for the procurement of Russian submarines; Rouhani responds that this procurement had already been paid with funds from the 1989 budget.)

Iran did not have any kind of plans for a secret arms buildup. His parliamentary debates were freely broadcast, and there were no secret funds for military purposes. Iran was very interested in the establishment of a zone which was free from ABC weapons. Israel's nuclear arsenal was Iran's greatest concern. One assumed that Israel had 200 nuclear bombs. An expert from Great Britain had recently told him that Israel may have up to 800 nuclear weapons. But even one nuclear weapon was too much. His government wanted a region free of ABC weapons.

Iran itself had been the victim of chemical warfare. One knew what one was talking about. Eight years ago, German parliamentarian Stercken had used an event on the margins of the IPU conference in Ottawa in order to confess that German firms had

potentially been involved in the expansion of Iraq's chemical weapons program. The Iranians had been the victims of these weapons. Some of the wounded had been treated in German hospitals among else.

8. With regard to nuclear weapons, Iran wanted to make it very clear that it was merely interested in the peaceful use of nuclear energy and it would permit monitoring missions on its territory at any point in time. Iran would be ready for any kind of controls.

In his meeting with Foreign Minister Kinkel, he had also made it plainly clear that Iran would be ready for any kind of controls which would enable the country to finalize the construction of the Bushehr nuclear power plant. Iran was ready for it.

9. State Minister Schmidbauer thanks Mister Rouhani for his deliberations and also for the frankness with which he made them. Frankness was important in order to deepen the dialogue. It was legitimate to discuss inconvenient things standing in the way in the expansion of relations and had to be removed. He was glad to discuss some things in detail. Mister Rouhani had mentioned that the members of the Iranian parliament were concerned about the activities of the Mojahedin-e Khalq in Germany. On our side, there was also a large number of parliamentarians who were concerned about incidents in Iran which Mister Rouhani knew very well. This was the duty of the parliamentarians. After all, they had to monitor the development of bilateral relations.

Germany had also made terrible experiences with terrorism, not just through the murders from the RAF, but also through murders from foreign secret services on Germany's territory. But the federal government had always maintained a consistent line: It had never been open to blackmail. It was useless anyway to try to resolve political questions through the murder of dissidents or opposition leaders.

10. State Minister Schmidbauer notes that he would like to say the following on the Mojahedin-e Khalq: About a year ago, the Mojahedin-e Khalq had considerably expanded their activities in Germany and had also destroyed the Iranian embassy. The federal government had made it plainly clear that such activities could not be tolerated. In parallel, he had also impressed on other groups such as the PKK that the federal German state would control them with every available means. Some groups had also been prohibited. But one always had to keep in mind that their members would continue illegally. Thus, the security apparatuses in our country had been instructed to monitor these groups meticulously and also to let them know that they were under surveillance. He himself could not detect any kind of differences compared to the measures that had been taken in France and Great Britain.

11. Mister Rouhani replies that Great Britain and France had expelled members of the Mojahedin-e Khalq.

12. State Minister Schmidbauer replies that France and Great Britain had merely expelled some persons within Europe, among else also to the Federal Republic. This was not a solution of the basic problem. We were monitoring any kind of terrorist groups, and they knew that they were under strong surveillance. Thus, terrorist activities had receded. This was also important with regards to our fundamental problem with foreigners in our country. According to our German constitution, the foreign guests were tolerated as long as they did not commit crimes and as long as they obeyed to the prohibition of political activities. The Federal government was currently tightening penalty measures against criminal foreigners. This measure would be implemented on 13 May and were causing some domestic opposition. Some parliamentarians had even been threatened.

But one could not be intimidated. There was no doubt that the protection of Iran's embassy and its personnel was guaranteed. As a policymaker, one ought to get used that one was constantly confronted with criticisms and also personal attacks in a modern democracy. It was essential to see things very in perspective. We knew that terrorists would use Germany as their hideaway. It was also well known that they were financing themselves through drug dealing and protecting money.

13. State Minister Schmidbauer continues and says that there were political groups in Germany that had sympathy for the Mojahedin-e Khalq and would support them against the Iranian government. He himself had also been attacked by these groups due his engagement for the improvement of German-Iranian relations.

There was a number of efforts to bring bilateral relations off track. One must not keep this a secret as there were problems which also concerned us. During a meeting in Iran, one had achieved agreement that Iran would not pursue any kind of terrorist or illegal activities on the Federal Republic's territory that would harm bilateral relations. In this context, he wanted to make it clear that he had evidence suggesting that Iran was still pursuing an active role in espionage against the Federal Republic of Germany. The Federal Republic had not drawn any consequences despite that fact that it knew about it very well.

Moreover, we had the suspicion that Iran was behind a number of most recent attacks in the Federal Republic. Earlier today, he had received the bill of indictment in the "Mykonos" case. It entailed a whole number of incriminating evidence which had been put together by an independent court after careful review. He was not sure about the result of the trial, but he did not want it to turn into a liability for our relations with Iran. It was important to stop any kind of burdensome incidents and to remove all doubts. State Minister Schmidbauer emphasized that he was glad to hear about any kind of discharge from his guest with regards to this question.

14. With regards to Iran's concern about the arms buildup in the region, he very much shared this concern. Mister Rouhani had discussed the development of chemical weapons especially in Iraq with our deputy Mister Stercken. He wanted to confess in all frankness that German companies had been involved in these businesses through illegal exports which had clearly violated our law. This had not only pertained to Iraq, but also had effects in our countries. German companies had also illegally participated in the establishment of Libya's chemical weapons capability. They had also delivered dual-use-technology as well as missile know-how. This also applied for the development of Iraq's Scud-missile capacity.

But everybody knew that the Federal Republic of Germany had meanwhile tightened up its export control legislation establishing a large spectrum of executive measures for action. Thus, it would increasingly difficult to pursue illegal exports from Germany. If there were any doubts in single cases in the future, the Federal government would take rather decisive steps. The Federal government was very concerned that other countries such as North Korea, China, Pakistan and India were increasingly exporting weapons. They were supplying missiles technology from the 1960 which was still capable to do enormous damage. Hence, there was an urgent need for progress in the proliferation question.

15. State Minister Schmidbauer welcomes Iran's progress in terms of the chemical weapons convention. This had been an important signal. He himself thought that dialogue instead of isolation could deepen confidence in our relations with Iran. He did not miss any opportunity for meeting with representatives from Iran. Every meeting was facilitating mutual understanding.

State Minister Schmidbauer says Iran had done everything it had pledge to do with regards to the release of the hostage Strübig-Kemptoner. Hence, he was somewhat surprised by the somewhat hectic atmosphere with regards to the Szimkus case. Our press was theorizing a lot, and this perhaps also applied to Iran's press. From the start on, the Federal government had emphasized that this was a purely humanitarian case. In this sense, he had no doubts that one would be able to find a solution following the line that we had discussed in previous talks.

State Minister Schmidbauer invites to guest to have dinner.

Mister Rouhani says that, with regards to the Mojahedin-e Khalq, the State Minister's deliberations had not yet convinced him and were not sufficient in order to calm down that Iranian parliamentarians at home. Germany was an important basis for the Mojahedin-e Khalq. It did not correspond to the spirit of bilateral relations that the Federal Republic was tolerating such a dangerous group. The activities by the Mojahedin-e Khalq in Great Britain had strongly decreased. But this was still continuing in Germany.

17. With regards to the "Mykonos" case in Berlin, he asked the State Minister to do everything in order to achieve clarification. In case Iranian authorities were involved, one ought to communicate this very openly presenting relevant evidence, but he could not imagine that Iranian authorities had been participating. In this private group, he would like to say that a few years ago, not every "section" in the country

had been under the control of the central government. This this was different nowadays.

18. With regards to the hostage release last year, he would like to say that Iran had tried everything in its power in order to resolve the case. It had been very difficult to convince the relevant groups in Lebanon. There had also been considerable domestic opposition as the government in Teheran had participated in the deal. It had been especially difficult to include the American hostage. Back at the time, Iran had been promise many things in return for the "deal". However, these pledges had not been realized.

19. State Minister Schmidbauer queries whether Mister Rouhani was referring to the U.S. hostages.

20. Mister Rouhani confirms that it was a U.S. hostage. Iran had been promised that the West would take care of the Iranian hostages in Lebanon. The Falangists in Lebanon had hijacked the Iranian Chief of Mission among else.

Iran had always been told that these people were dead. One's own information had suggested that they were still alive though. Thereupon, one had told the other side that they could at least pass over the dead bodies. However, these dialogue had never led to a conclusion.

21. State Minister Schmidbauer instantly offers our assistance in support of the Iranian hostages in Lebanon.

22. Mister Rouhani continues with his remarks related to the hostage case. One had also referred to a package solution with regards to Germany, but one had not seen much of it so far. However, the release of the hostages had been Iran's humanitarian duty. That's why one did it. It would also be good if one could see Iran difficulties. His government was under pressure from within as it was accused with allegations that it had fulfilled its part of the deal and was left with empty hands. He would like to emphasize Iran's interest in practical cooperation in the field of anti-terror work. He could sense there was great interest from both sides.

23. Mister Rouhani then brings up the Bosnia problem. This question had turned into a very dangerous issue. Recently, the Islamic Conference had issued an ultimatum that the situation of the Bosnian Muslims had to be improved or the arms embargo had to be lifted. But nothing had happened in the meantime. Rather, the situation had turned even worse. Iran was interested in this not just for the reason that Muslims were affected. This was about the overall responsibility of the European countries. Iran's proposal was to lift the arms embargo toward Bosnia if one was able to protect the Bosnians appropriately. We would soon be faced with genocide. The no flight zone did not have any serious relevance. Thus, Iran's plea for Germany was to take the initiative in the UN and in the EC in order to achieve changes in the situation.

24. Mister Rouhani then queries about the State Minister's assessment of the current situation in Russia after the referendum of 25 April. State Minister Schmidbauer explains our position. With regards to the development in Bosna-Hercegovina, State Minister Schmidbauer refers to the historical limits which were standing in the way of Germany's engagement.

25. State Minister Schmidbauer and Head of Department 6 ask the Iranian side to support the case of the German official that had been kidnapped in Afghanistan. The Iranian side pledge to do this but said that they had little influence when it came to the fraction of fundamentalist leader Hekmatyar in Afghanistan.

26. Finally, State Minister Schmidbauer hand the guest a gift from the Chancellor with the request to pass it on to President Rafsanjani on behalf of the Chancellor.

(Dr. Hausweddel)

[1] BArch, B 136/59731, 331-342.